

Notiert = Noté

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **96 (2005)**

Heft 22

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nationalrat will Strommarktöffnung in zwei Schritten

(v/a) In seiner Beratung vom 20./21. September hat der Nationalrat das Stromversorgungsgesetz behandelt. Die Liberalisierung des Schweizer Elektrizitätsmarktes soll in zwei Schritten erfolgen. Vorerst werden nur Industrie und Gewerbe (Jahresbezug mehr als 100 MWh) die Möglichkeit haben, ihre Anbieter selbst zu wählen. Haushalte und Kleinverbraucher sollen erst fünf Jahre später frei wählen können.

Der Entscheid zur Strommarktöffnung war am 21. September heftig umstritten und fiel schliesslich knapp aus. Mit 94 zu 92 Stimmen votierte die grosse Kammer für die vorsichtigere Öffnungsvariante in zwei Etappen.

Vor dem Stromversorgungsgesetz verabschiedete der Nationalrat mit 136 zu 35 Stimmen die Revision des Elektrizitätsgesetzes, welche den grenzüberschreitenden Stromhandel mit einem nationalen Übertragungsnetz organisiert. Als Überwachungsorgan wird eine Elektrizitätskommission (EiCom) eingesetzt.

Der Anteil des Stroms aus einheimischen erneuerbaren Energien – Wasser, Sonne, Erdwärme, Wind, Biomasse, Abfall – soll bis zum Jahr 2030 um 5,4 Terawattstunden oder um 10% gegenüber dem heutigen Verbrauch steigen (zusammenfassender Bericht s. Beitrag «Schwierige energiepolitische Ausgangslage»).

Wirtschaftsallianz fordert Korrekturen am Stromversorgungsgesetz

(es) Eine breite Allianz der Wirtschaft, bestehend aus economie-suisse, Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen IGEB, SGCI Chemie Pharma Schweiz, Swissmem und Textilverband Schweiz TVS ruft den National- und den Ständerat auf, den aktuellen Entwurf zum Stromversorgungsgesetz wesentlich stärker an die Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft anzupassen. Der in der Herbstsession dem Nationalrat vorliegende Entwurf bringe der Wirtschaft viele Nachteile und erhebliche Zusatzkosten. Weder würde dadurch die Versorgungssicherheit ver-



Wirtschaftsverbände fordern einen konsumentenfreundlichen Strommarkt (Bild Coop).

CO₂-Emissionen der Schweiz konstant

(ef) Der gesamte Ausstoss von Kohlendioxid aus Brenn- und Treibstoffen ist in der Schweiz seit dem Jahr 2000 ungefähr gleich geblieben, wie der vom BUWAL veröffentlichten aktuellen CO₂-Statistik für das Jahr 2004 zu entnehmen ist. Damit liegt das Total der CO₂-Emissionen für 2004 weiterhin nahezu gleich hoch wie 1990. Die Emissionen aus dem Verbrauch von Brennstoffen liegen 1,1 Millionen Tonnen tiefer als 1990, die Emissionen aus den Treibstoffen hingegen 1,3 Millionen Tonnen höher. Das CO₂-Gesetz verlangt, dass die CO₂-Emissionen der Schweiz von fossilen Energien bis ins Jahr 2010 gesamthaft um 10% gesenkt werden.

bessert, noch liessen sich die zu erwartenden Vorteile der Marktöffnung realisieren.

Die Wirtschaftsverbände unterbreiten dem Parlament einen ausformulierten Gegenvorschlag für ein Strommarktgesetz. Die wesentlichen Eckpunkte des Entwurfs bilden eine EU-konforme vollständige Öffnung des Strommarktes, günstigere Netzpreise durch Benchmarking und Anreizregulierung, ein wirtschaftsfreundlicher Strommarkt und ein schlanker und unabhängiger Regulator.

L'économie réclame une loi sur le marché de l'électricité plus favorable

(es) economiesuisse déplore que le Conseil national ne se soit pas prononcé en faveur d'une ouverture du marché intégrale compatible avec l'UE. La solution qui s'amorce, avec un marché partiellement protégé, comporte des risques considérables de distorsion de concurrence et de discrimination. Mais si ce compromis peut permettre d'éviter un référendum, economiesuisse est prête à aller dans ce sens. Il est important de lever les incertitudes qui pèsent encore sur les prochaines étapes et de permettre à la Suisse de combler le retard considérable qu'elle a sur l'UE en matière d'ouverture du marché.

Strommarktliberalisierung: «Erneuerbar rechnet sich»

(aee) Zum Auftakt der Debatte zur Strommarktliberalisierung im Na-



Die Nutzung einheimischer, erneuerbarer Energien sorgt für vermehrte Wertschöpfung im eigenen Land (Riesenrechner vor dem Bundeshaus).

tionalrat empfing die Parlamentarier vor dem Bundeshaus ein überdimensionaler Rechner. Er stand symbolhaft für die Aufforderung, selbst nachzurechnen, wie sich die Förderung erneuerbarer Energien in Form von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen rechnet. Als nötiges Hilfsmittel dazu überreichten VertreterInnen von AEE, SES und WWF solarbetriebene Taschenrechner.

Gewerkschaften drohen mit Referendum gegen StromVG

(ef) Die Gewerkschaften haben in Hinblick auf die parlamentarische Debatte über das Stromversorgungsgesetz ihre Forderungen an eine Strommarktöffnung gestellt: Sie wollen das Referendum ergreifen, wenn das Parlament nicht zum Kompromiss der Expertenkommission zurückkehrt.

Eine zweistufige Lösung, die dem Volk die Möglichkeit gibt, sich vor einer vollen Marktöffnung in Kenntnis erster Erfahrungen mit

der Teilmarktöffnung auszusprechen, sei zwingend. Ebenso fordern die Gewerkschaften eine Schwelle von mindestens 100 MWh für den Marktzugang, lieber wären ihnen allerdings 500 MWh. In ihren Forderungen unterstützt werden SGB und VPOD wie schon beim EMG von Teilen der SP. In die gleiche Richtung tendieren die an der Medienkonferenz durch den Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät vertretenen Städte und Gemeinden, die befürchten, durch eine schnelle Marktöffnung überfahren zu werden.

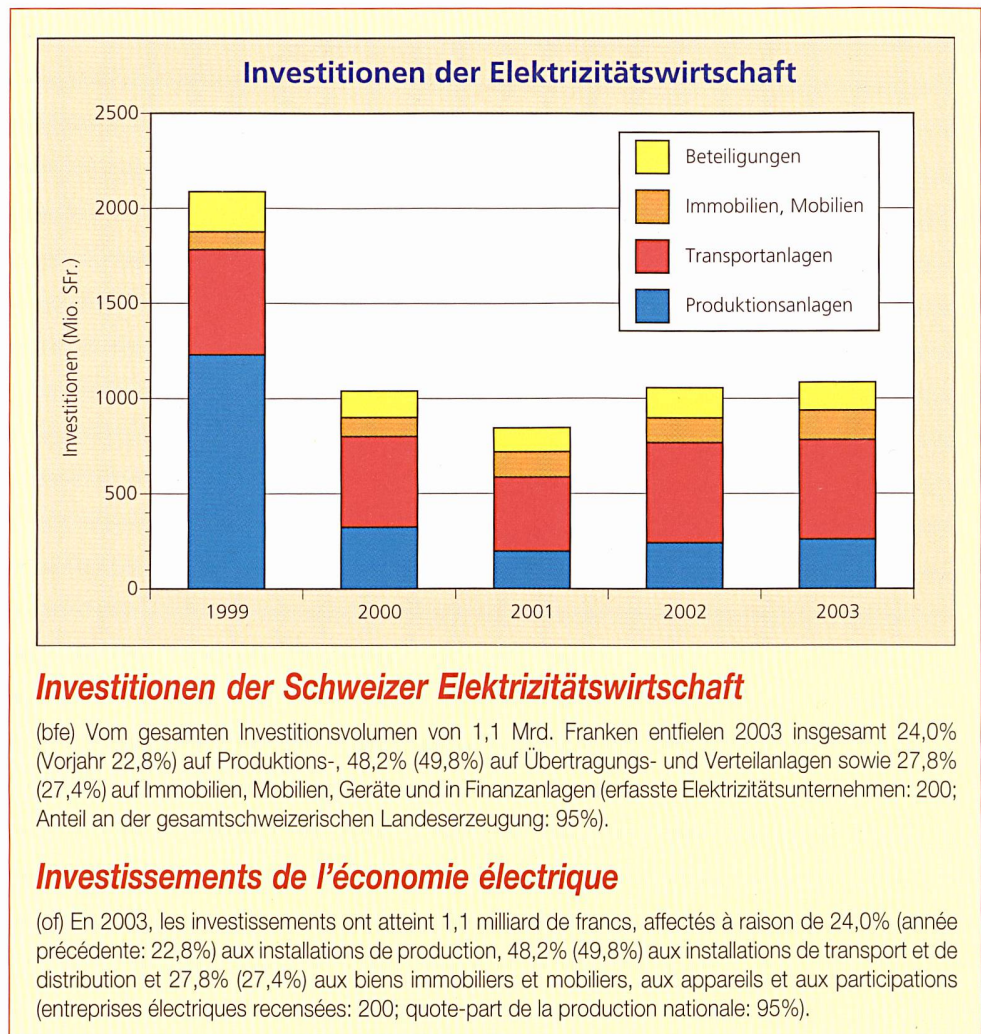
Warum es Sommer- und Winterzeit gibt

(z) Als wichtiger Grund für die Zeitumstellung von der Normalzeit («Winterzeit») auf die Sommerzeit galt die Überzeugung, mit der Regelung durch eine bessere Nutzung des Tageslichts Energie sparen zu können. Diese Überlegung war insbesondere noch eine Nachwirkung aus der Zeit der Ölkrise in 1973. Ein weiterer Grund war zudem die Anpassung an Nachbarländer, die diese Regelung schon früher eingeführt hatten. Eingeführt wurde die Zeitumstellung erstmals 1916 in Irland. Die Bezeichnung, die man dort für die Zeitumstellung fand, beschreibt auch bereits den Zweck, das Optimum an nutzbarer Tageszeit zu gewinnen: «Daylight Saving Time».

Schon seit der Einführung der Sommerzeit wird über den Sinn und Unsinn dieser Massnahme



Zytglogge-Uhr (Foto Uhrsachen).



diskutiert. So wird laut vielfältigen Erkenntnissen während der Sommerzeit zwar abends elektrisches Licht gespart, jedoch wird dann morgens mehr geheizt, besonders in den kalten Monaten (März, April und Oktober) während der Sommerzeit. Insgesamt wird dadurch sogar mehr Energie verbraucht.

Der Termin für die nächste Zeitumstellung: Seit dem 27. März 2005 befinden wir uns in der Sommerzeit. Dabei wurde die Uhr um 1 Stunde auf 3 Uhr vorgestellt. Die nächste Umstellung ist am Sonntag, 30. Oktober 2005, um 3:00 Uhr. Die Uhr wird dann um 1 Stunde zurückgestellt, die Nacht ist also 1 Stunde länger.

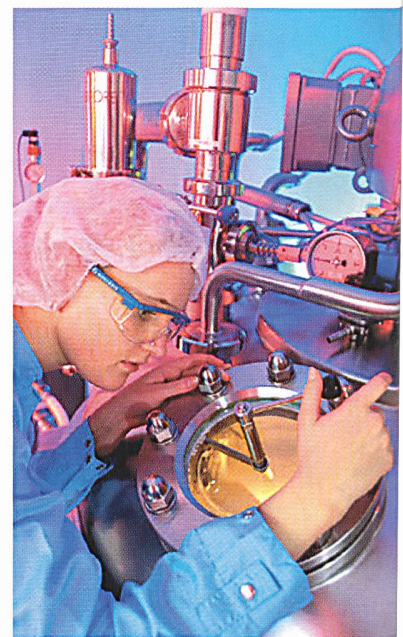
Kostenfaktor Strom überschätzt?

(vdew) Die Stromkosten haben in vielen Wirtschaftszweigen nur

einen geringen Anteil an den Gesamtkosten. Die Spanne reicht von 6% bis unter 0,3%. «Die Zahlen zeigen, dass die Stromkosten für die Wirtschaft insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spielen», so der deutsche Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW). Mit einem Stromkostenanteil von 6% an den Gesamtkosten liege die Zementindustrie an der Spitze. Auch die Aluminiumindustrie sei mit 3,2% noch relativ stromintensiv. Bei der chemischen Industrie schlage der Strom mit einem Anteil von durchschnittlich 1,2% zu Buche, bei der Lebensmittelindustrie mit 0,7%. Noch geringer seien die Anteile in der Automobilindustrie und im Maschinenbau.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) hat diesen Zahlen zu den Stromkostenanteilen in der Industrie widersprochen. Tatsächlich handle es sich demnach um Durchschnittswerte

über die gesamten Produktionsstufen.



Der Kostenfaktor von Strom variiert stark von Produkt zu Produkt (Pharmaproduktion; Bild Novartis).

Deutsche Bundestagswahl: Energiepolitisches Gesamtkonzept wichtig

(vd) «Die Stromwirtschaft erwartet einen Kurswechsel: Unabhängig von Parteifarben braucht Deutschland endlich ein energiepolitisches Gesamtkonzept. Das Nebeneinander nicht aufeinander abgestimmter Energie- und Umweltgesetze schadet dem Standort.» Das erklärte der deutsche Verband der Elektrizitätswirtschaft in einer ersten Stellungnahme nach der Bundestagswahl.

Die wichtigsten VDEW-Forderungen für eine nachhaltige Energiepolitik:

- Abschied von der einseitigen ökologischen Ausrichtung – hin zu einer nachhaltigen Energiepolitik
- mehr Effizienz bei der Förderung erneuerbarer Energien und der Klimavorsorge
- Staatsanteil an der Stromrechnung abbauen im Interesse des Standortes Deutschland
- vielfältigen Energiemix sichern: Alle Optionen offen halten
- Forschung und Entwicklung fördern
- Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Strommarkt, der noch sehr unterschiedlich geöffnet ist
- Trennung von Energie- und Wirtschaftspolitik aufheben: Zuständigkeit für Energiepolitik in einem Ministerium.

Mit Strom schneller nach Paris

(sbb/tm) Ab Juni 2007 verkürzt sich die Reisezeit von Zürich und Basel nach Paris um mindestens eine Stunde (z.B. Zürich – Paris: 3 x täglich in 4 h 30; heute 5 h 50). Dazu wird eine Neubaustrecke des TGV-Est zwischen Vaires bei Paris und Baudrecourt in Lothringen gebaut. Die Länge dieser Strecke beträgt rund 300 km, welche mit den modernsten Sicherheitsausrüstungen (GSM-R und ETCS) ausgerüstet werden.

Die Streckenhöchstgeschwindigkeit wird erstmals 320 km/h betragen (heute verkehrt der TGV zwischen 270 und 300 km/h).

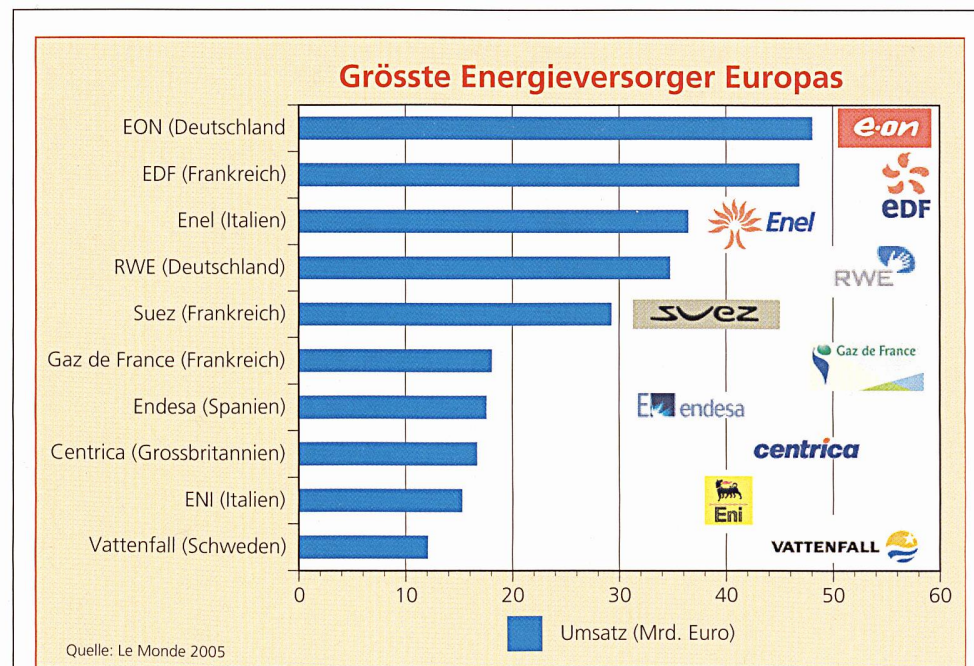
Für die Verbindungen in die Schweiz wird der TGV der neuesten Generation POS (Paris-Ostfrankreich-Schweiz) eingesetzt. Die Züge sind mit der neuesten Technik zur Interoperabilität ausgerüstet und fahren auch dank der Rekuperationsbremse (Rückspeisung der Bremsenergie ins Stromnetz) energiesparend. Er kann nicht nur in Frankreich verkehren, sondern auch auf dem gesamten Streckennetz in der Schweiz sowie in Deutschland.

TGV-Est auf Versuchsfahrt (oben).

Der französische Modedesigner Christian Lacroix hat die futuristische Inneneinrichtung des neuen TGV entworfen (Bild SNCF).



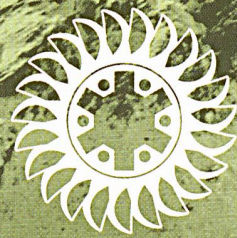
notiert



Woher kommt der Strom in Zukunft?

(gp) Der Strommarkt in Europa wird meist von zentralen Grosskraftwerken der grossen EVU beliefert, die überwiegend mit fossilen Brennstoffen oder nuklear betrieben werden. Mehr als die Hälfte ist über 20 Jahre alt. Bis 2020 müssen 75 bis 100 Kohlekraftwerke ersetzt werden. Riesige Investitionen stehen an. In den nächsten Jahren wird entschieden, ob Technologien wie Kohlekraftwerke und Atomstrom fortgeführt werden oder ob Investitionen in Nutzung sauberer, alternativer Energieformen fließen. Die Internationale Energie-Agentur IEA schätzt die Investitionen des Stromsektors in den kommenden 25 Jahren auf 1350 Mrd. US\$. Etwa die Hälfte davon wird in das Leitungsnetz fließen, rund 700 Mrd. US\$ werden in Kraftwerke investiert. Eine Summe, die Energiepolitik macht. Die Grafik zeigt die zehn grössten Energieversorgungsunternehmen Europas.

FORCE DE LA NATURE



www.eosholding.ch